

Mögliche Wege zur Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich

Ulrike Famira-Mühlberger

In Österreich werden die Kosten der Langzeitpflege zwischen den privaten Haushalten und der öffentlichen Hand ungefähr im Verhältnis von 1:1 aufgeteilt. 2009 wurde an knapp 433.000 Personen Pflegegeld im Umfang von insgesamt rund 2,2 Mrd. Euro ausbezahlt. Hinzu kommen noch Pflegedienstleistungen (Sachleistungen) der Länder und Gemeinden von netto rund 2 Mrd. Euro. Ungefähr den gleichen Betrag steuern die privaten Haushalte in Form von Zuzahlungen bzw. Kostenbeiträgen und indirekten Kosten (die entgangenen Löhne der pflegenden Angehörigen) bei. Eine längerfristige Betrachtung zeigt einen starken Anstieg dieser Ausgaben, und Prognosen deuten auf eine Beschleunigung dieser Entwicklung hin.

Internationale Beispiele zeigen unterschiedliche Wege der Finanzierung der Pflegevorsorge auf. Während Deutschland das Pflegegeld als eigene Säule der Sozialversicherung etabliert hat, haben sich Dänemark und Österreich für eine Finanzierung aus den allgemeinen Steuermitteln entschieden. Die Niederlande haben ein ähnliches System wie Deutschland, jedoch beinhaltet die Bemessungsbasis auch Einkommen aus Vermögen.

Eine Analyse der Vor- und Nachteile der Beitrags- bzw. Versicherungslösung zeigt auf, dass die ökonomischen Vorteile bei der Versicherungslösung dominieren. Zur Abdeckung der zu erwartenden Kostensteigerungen wird vorgeschlagen, die Finanzierung aus Steuermitteln deshalb beizubehalten. Bei unzureichender Ergiebigkeit kann diese jedoch um Beitragselemente erweitert werden.